



Kinderpolitischer Zwischenruf der Kinderfreundlichen Kommunen:

## Kommunen fordern feingliedriges Krisenkonzept

Die (Ober-)Bürgermeister\_innen der Städte und Gemeinden, die am Programm „Kinderfreundliche Kommunen“ teilnehmen, haben auf ihrem Treffen die kinderrechtliche Situation in ihren Kommunen diskutiert. Im Zentrum stand dabei die Situation von Kindern und Jugendlichen und ihrer Familien in der Corona-Pandemie.

Die Stadtoberhäupter stellen fest:

Bei der Planung der notwendigen Maßnahmen zur Eindämmung der Pandemie seitens des Bundes und der Länder haben die Interessen und Bedürfnisse von Kindern und Jugendlichen viel zu selten im Fokus gestanden. Ein eindrückliches Beispiel dafür war die vorschnelle Schließung von Spielplätzen, ohne dass es dafür eine wissenschaftliche Grundlage gegeben hätte. Durch den pauschalen Wegfall aller Freizeitangebote, des Vereinssports, der Verbandsarbeit oder der kirchlichen Jugendarbeit ist für viele Jugendliche das normale Leben weggebrochen, ohne dass sie auf einen aus unterschiedlichen Lebensphasen gewachsenen Erfahrungsschatz zurückgreifen könnten.

Anders bei den Kinderfreundlichen Kommunen. Diese sind Vorreiter bei der steten Beachtung der Interessen und Rechte der Kinder gerade während der Pandemie. Bei uns gehört es zum Standard, dass die Interessen von Kindern in den Krisenstäben berücksichtigt werden. Dies sollte auch bei den politischen Entscheidungen in den Gremien auf Bundes- und Landesebene der Fall sein.

Zwar hat sich bei den neuesten Beschlüssen der Bund-Länder-Konferenz diese Situation etwas gebessert, da Schul- und Kitaschließungen möglichst vermieden werden sollen. Das diskutierte Vorziehen der Weihnachtsferien wäre allerdings nur einem verkappten Lock-Down für Bildungs- und Betreuungseinrichtungen gleichgekommen.

Wir sind auf der kommunalen Ebene tagtäglich unmittelbar in der Lebenswelt von Kindern und Jugendlichen unterwegs.

Wir wissen, welche Bedarfe bestehen.

Wir müssen Krisenmanagement können.

Daher ist es kontraproduktiv, die Kommunen in ihren Handlungsmöglichkeiten durch zentrale Vorgaben einzuschränken. Die durch viele Bundesländer verordnete Schließung von Angeboten der Jugendarbeit war der Situation vor Ort nicht angemessen und hat Angebote pauschal beendet, die mittels strenger Hygienekonzepte entwickelt wurden. Wir empfehlen daher dringend rechtereisierte, feingliedrige Krisenkonzepte zu entwickeln, die Kommunen für sich anpassen können. Außerdem müssen wir mehr Geld für Kinder und Jugendliche ausgeben und mehr Gedanken auf die Plätze verwenden, die Kinder und Jugendliche brauchen.

Noch lassen sich die Folgen der Pandemie für Kinder und Jugendliche schwer abschätzen. Dennoch zeigen sich schon zahlreiche Tendenzen. Kinder und Jugendliche müssen die Möglichkeit bekommen, die beschränkten Entwicklungsmöglichkeiten kompensieren zu können.

Wichtige Komponenten, um die negativen Folgen ausgleichen zu können, sind aus unserer Sicht:

- Zugänge zur Kinderbetreuung müssen ausgebaut werden, die Qualität in der Betreuung muss den wissenschaftlichen Empfehlungen entsprechen.
- Es müssen flächendeckend Weiterbildungen für das Personal in Kitas und Schulen angeboten werden, um den psychosozialen Folgen der Pandemie begegnen zu können.
- Die Sozialpsychiatrische Betreuung von Kindern und Jugendlichen muss deutlich ausgebaut werden, um ausreichend Anlaufstellen für die Betroffenen zu schaffen.
- Das Aufholpaket muss deutlich verlängert werden. Die Schul- und Kitaschließungen, die längsten in ganz Europa, lassen sich nicht innerhalb eines Jahres aufholen. Um den entstandenen Defiziten begegnen zu können, braucht es langfristige Ansätze.
- Zudem ist sicherzustellen, dass Beteiligungsmöglichkeiten von Kindern und Jugendlichen wie Kinder- und Jugendparlamente auch in Krisensituationen ihre Aufgaben wahrnehmen können. Ihnen sind die gleichen Rechte einzuräumen wie anderen Gremien. Dazu müssen sie Zugang zu digitalen Sitzungsmöglichkeiten erhalten.

Diese Forderungen basieren auf dem Kindeswohlvorrang im Sinne des Art. 3 Abs. 1 KRK, der für die Kinderfreundlichen Kommunen eine Handlungsmaxime für Politik und Verwaltungen ist und dies in Deutschland auf allen föderalen Ebenen sein sollte.

Für uns ist es eine Selbstverständlichkeit, Kinderrechte stets zu achten. Diese gilt es bei allen Entscheidungen unserer Behörden, etwa bei der Planung von Wohnvierteln, beim Straßenbau oder der Budgetplanung, wirkmächtig umzusetzen.

Das Vorhaben „Kinderfreundliche Kommunen“ wurde 2012 in Deutschland ins Leben gerufen und basiert auf den internationalen Erfahrungen aus der Child Friendly Cities Initiative (CFCI). Diese hat ein weltweit anwendbares Rahmenwerk für die Verwirklichung der Kinderrechte auf kommunaler Ebene erarbeitet. In Deutschland haben sich bereits 40 Kommunen der Initiative angeschlossen.

## Die Oberbürgermeisterinnen und Oberbürgermeister und Bürgermeisterinnen und Bürgermeister folgender Kommunen tragen den Aufruf mit:

Wolfgang Moegerle, Bürgermeister, Gemeinde Algermissen

Klaus Blome, Bürgermeister, Stadt Bad Pyrmont

Birte Kruse-Gobrecht, Bürgermeisterin Stadt Bargteheide

Frank Steffen, Bürgermeister, Stadt Beeskow

André Stahl, Bürgermeister, Stadt Bernau bei Berlin

Dieter Freytag, Bürgermeister, Stadt Brühl

Erik Lierenfeld, Bürgermeister, Stadt Dormagen

Patrick Kunkel, Bürgermeister, Stadt Eltville am Rhein

Sacha Reichelt, Bürgermeister, Kreisstadt Euskirchen  
Simone Langen, Oberbürgermeisterin, Stadt Flensburg  
Elisabeth Koch, Erste Bürgermeisterin, Claudia Zolk, Zweite Bürgermeisterin, Markt Garmisch-Partenkirchen  
Claus Kaminsky, Oberbürgermeister, Stadt Hanau  
Marcel Litfin, Bürgermeister, Gemeinde Harsum  
Jan Tiedemann, Stadtdirektor, Stadt Hemmoor  
Stefan Güntner, Oberbürgermeister, Stadt Kitzingen  
Henriette Reker, Oberbürgermeisterin, Stadt Köln  
Gottfried Störmer, Bürgermeister, Stadt Lampertheim  
Monika Böttcher, Bürgermeisterin, Stadt Maintal  
Gordon Lemm, Bezirksbürgermeister, Bezirk Marzahn-Hellersdorf von Berlin  
Manuel Meger, Bürgermeister, Stadt Nauen  
Jan Einig, Oberbürgermeister, Peter Jung, Bürgermeister, Stadt Neuwied  
Sören Benn, Bezirksbürgermeister, Bezirk Pankow von Berlin  
Mike Schubert, Oberbürgermeister, Landeshauptstadt Potsdam  
Norbert Seidl, Erster Bürgermeister, Stadt Puchheim  
Gertrud Maltz-Schwarzfischer, Oberbürgermeisterin, Stadt Regensburg  
Luca Wilhelm Prayon, Bürgermeister, Gemeinde Remchingen  
Andreas Fredrich, Bürgermeister, Stadt Senftenberg  
Sandro Zehner, Bürgermeister, Stadt Taunusstein  
Helge Zychlinski, Bürgermeister, Gemeinde Wedemark  
Wolfgang Dietz, Oberbürgermeister, Stadt Weil am Rhein  
Anna-Katharina Horst, Bürgermeisterin, Gemeinde Weilerswist  
Andreas Ritter, Bürgermeister, Stadt Wittingen  
Daniel Herz, Bürgermeister, Stadt Witzenhausen  
Dennis Weilmann, Oberbürgermeister, Stadt Wolfsburg  
Henning Fricke, Stadtdirektor, Stadt Zeven